

Starnberg

Begehren gegen „Monsterbau“ geplant

Gautinger Bürgerversammlung fordert den Gemeinderat auf, das Projekt an der Bahnhofstraße zu stoppen

Gauting – So lange und heftig ist selten bei einer Gautinger Bürgerversammlung diskutiert worden. Mehr als zwei Stunden ging es um ein einziges Thema: die geplante Bebauung des einstigen Schulareals an der Bahnhofstraße, die von der Mehrheit der etwa 180 anwesenden Bürger vehement abgelehnt wird. Die Initiative „Gauting aktiv“ hatte an den Tagen zuvor die Bürger mobilisiert und zur Teilnahme aufgerufen, um den Bebauungsplan 182 noch zu stoppen. Mit nur wenigen Gegenstimmen wurden schließlich zwei Anträge aus der Bürgerschaft angenommen. Darin werden der Gautinger Gemeinderat und die Verwaltung aufgefordert, das Projekt zu stoppen und eine ortsverträgliche Planung in Auftrag zu geben. Ein weiterer Antrag von Elternvertretern fordert zudem eine „grundschulverträgliche Planung.“ Laut Gemeindeordnung muss sich der Gemeinderat innerhalb von drei Monaten mit den Anträgen befassen, die als Empfehlungen zu betrachten sind.

Allerdings will die Gruppe so lange nicht warten. Die Initiatoren glauben, dass die Einwendungen der Bürger bei der Bauplanung nicht ausreichend berücksichtigt werden, und haben vor, ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen. Handzettel mit der Begründung wurden am Ende der Versammlung verteilt. Der Bebauungsplanentwurf liegt noch bis zum 18. Dezember im Rathaus aus. Bis zu diesem Termin können die Bürger ihre Einwendungen

schriftlich vorlegen. Die Verwaltung muss sie prüfen, die Gemeinderäte stimmen dann darüber ab. Entweder wird anschließend ein Satzungsbeschluss getroffen, oder es gibt eine erneute Auslegung.

Gleich zu Beginn der Bürgerfragen sagte Angelika Siegmund, die die Initiative organisiert hat, dass immer noch Zeit sei, um gegen die Pläne vorzugehen. „Wir sind gerade noch rechtzeitig aufgewacht. Doch

nachdem wir den Monsterbau am Hauptplatz gesehen haben, ist uns klar geworden, was hier am Bahnhof auf uns zukommt“, sagte Siegmund. Sie kritisierte, dass über die Meinung der Bürger hinweggegangen werde. Das geplante Bauvolumen sei viel zu groß und passe gar nicht ins Ortsbild, setze aber Maßstäbe für die Zukunft. So ein hohes Baurecht zu vergeben, sei unnötig gewesen und unverträglich für

den Ort, sagte Ulla Ziegler vom Bürgerforum. Zudem werde immer auf das Integrative Gesamtkonzept und auf das Gesamtverkehrskonzept verwiesen, allerdings seien beide Grundlagen für die Planung noch nicht fertig.

Bürgermeisterin Brigitte Kössinger wies die Vorwürfe von sich. Über die Bebauung des Grill-Grundstücks am Hauptplatz werde seit 2000 diskutiert. Die Planung stamme aus dem alten Gemeinderat. Auch beim Schulareal habe sie alte Versäumnisse aufarbeiten müssen. Der Kredit für die Sanierung und den Umbau der alten Realschule sei an den Verkauf des maroden Schulgebäudes am Bahnhof geknüpft gewesen; das Landratsamt habe ihr nur bis Ende 2016 Zeit gegeben. Ein Bürger erkundigte sich nach dem Grund für die Einstufung als Sondergebiet und vermutete, dass dadurch die Abstandsflächen nicht eingehalten werden müssten und das Grundstück maximal ausgenutzt werden könne.

Eine ZuhörerIn warf der Bürgermeisterin vor, immer von bezahlbarem Wohnraum zu sprechen, dabei seien von den 60 geplanten Wohnungen gerade mal vier mit preisgebundenen Mieten vorgesehen. Kössinger sagte, es gebe auch Bürger, denen sowohl der Baderhof als auch die Pläne am Bahnhof gefielen. Architektur sei nicht die Angelegenheit der Gemeinde. Das Sondergebiet habe das Landratsamt empfohlen, um Probleme mit dem Lärmschutz aus dem Weg zu gehen. **BLANCHE MAMER**



Wollen ein Bürgerbegehren auf den Weg bringen: Professor Mechthild Lobisch, Ulla Ziegler, Barbara Dibelius, Valentin Kraemer, Angelika Siegmund, Eckhard Müller-Guntrum und Hans-Jürgen Brucker (v.li.) von „Gauting aktiv“.

FOTO: NILA THIEL

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Mittwoch, den 22. November 2017, Seite 7